

002/2003

Stuttgart, den 12.01.2003

## **Grünes Licht für Straßenbau, Stoppsignal für Bus und Bahn**

**Landesregierung kürzt zur Haushaltssanierung einseitig bei  
Bussen und Bahnen**

**Straßenbau kommt völlig ungeschoren davon**

---

Im Etat des Ministeriums für Umwelt und Verkehr sollen zur Konsolidierung des Landeshaushalts und zur Finanzierung des Hochwasserschutzes für das Jahr 2003 rund 45 Mio. € eingespart werden. Bislang blieb unklar, wie diese Einsparleistung erbracht werden soll. Die grüne Landtagsfraktion hat die komplizierten Umschichtungen an Hand des nun vorliegenden Referententwurfs für das Einspargesetz nachverfolgt und ein erstaunliches Ergebnis zu Tage gefördert.

Verkehrsminister Müller erbringt sein Einsparsoll ausschließlich auf Kosten von Bussen und Bahnen, der Straßenbau bleibt ungeschoren. Rund 15 Mio. € werden bei der Förderung für den Kauf von Linienbussen gekürzt, den Rest „spart“ Müller durch Umschichtung von Bundesfinanzhilfen und Regionalisierungsmitteln. Obwohl das Ministerium der Darstellung der Grünen zunächst widersprochen hatte, war es bis heute nicht in der Lage, Kürzungen im Straßenbau für das Jahr 2003 zu benennen.

Dazu Boris Palmer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag: „Verkehrsminister Müller kann sich sein Gerede von einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik des Landes in Zukunft schenken. Wenn es zum finanziellen Schwur kommt, erweist Müller sich als Schutzpatron des Straßenbaus.“

Die Sparpolitik des Umweltministers verstoße in besonders krasser Weise gegen den Gedanken der Nachhaltigkeit. Zur Finanzierung des Hochwasserschutzes am Rhein streiche Müller Investitionen im Klimaschutz: 7 Mio. € der Einsparleistung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln werden direkt für das integrierte Rheinprogramm verwendet. „Die von Ministerpräsident Teufel verhinderte Erhöhung des Wasserpfennigs wäre der ehrliche und nachhaltige Weg zur Finanzierung des Hochwasserschutzes gewesen“, so Palmer.

Das klarste Zeugnis für die Wirkung der Politik der Landesregierung habe Staatssekretär Mappus in einer Pressekonferenz im Dezember letzten Jahres abgelegt. Mappus hatte verkündet, die Phase des Ausbaus der öffentlichen Verkehrsmittel sei beendet. „Danach sieht es in der Tat aus, weil das Land das für den Nahverkehr gedachte Geld für Straßen und Dämme einsetzt.“, sagte Palmer.

Verkehrsminister Müller dementiere sich durch den einseitigen Kürzungsbeschluss selbst. Noch im Frühjahr letzten Jahres habe Müller vom Bund mehr Geld für den Nahverkehr verlangt und die vom Bund für 2003 zugesagte Erhöhung der Mittel auf 714 Mio. € als völlig unzureichend kritisiert. Nun erfülle Müller seine Einsparauflagen, indem er diese für Verbesserungen bei Bus und Bahn gedachten Mittel zur Aufstockung des Straßenbauetats nutze.

Palmer: „Die grüne Landtagsfraktion trägt das Einsparvolumen im Verkehrshaushalt mit. Wir fordern jedoch eine Beteiligung des Straßenbaus an den Einsparungen entsprechend den Ausgabeanteilen. Einsparungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz müssen daher im Verhältnis 50:50 und nicht 100:0 zu Lasten von Bus und Bahn erfolgen.“